

Fraktionsantrag

Datum	Abteilung/ Dienst	Aktenzeichen
07.09.2026	11.4 Kreisgremien, Partnerschaften und europäische Beziehungen	11.4

Gremium	Sitzungsdatum	Beratungsaktion	Beratungsergebnis
Kreistag	28.09.2026	Beschluss	

Die Mittel stehen im Budget haushaltsrechtlich zur Verfügung
• PSP / CO

Anlage(n):

1. Antrag der AfD-Fraktion vom 07.09.2026

Betreff:

Sozialbetrug durch fingierte Vaterschaftsanerkennungen

Antrag der AfD-Fraktion vom 07.09.2026

1 INHALT DES ANTRAGES

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, im Sozialausschuss darüber zu berichten, ob und ggf. in welchem Maße der Landkreis von einer Masche des Betrugs betroffen ist, bei dem Vaterschaften von im Ausland lebenden Männern fingiert werden, damit Mütter im Inland Sozialleistungen erschleichen können. Der Bericht soll insbesondere Antworten auf nachstehende Fragen enthalten.

1. Gibt es Erkenntnisse, ob diese Form des Sozialbetrugs im Lahn-Dill-Kreis praktiziert wird bzw. in der Vergangenheit praktiziert wurde?
2. Wie viele Mütter im Lahn-Dill-Kreis haben Männer, die im Ausland leben, als leibliche Väter ihrer Kinder angegeben und Unterhaltsvorschuss für diese Kinder beantragt, bezogen auf das 1. Halbjahr 2026 und wie haben sich diese Zahlen in den letzten vier Jahren entwickelt?
3. Wie hoch ist die Rückzahlungsquote in diesen Fällen? Was sind die Haupthinderungsgründe für eine Rückzahlung des Vorschusses und welches sind die 6 Länder mit dem größten Anteil solcher fehlgeschlagener Rückzahlungen, gegliedert nach ihrem prozentualen Anteil?
4. Gab es in den letzten drei Jahren Verdachtsfälle auf Sozialbetrug mit dieser Masche und wie viele davon wurden zur Anzeige gebracht, und wie viele solcher Anzeigen entfielen auf die letzten Jahre inclusive des 1. Halbjahres 2026?
5. Wurden die Mitarbeiter im Jugendamt und in anderen befassen Abteilungen hinsichtlich der Betrugsmethode sensibilisiert, um offensichtliche Fälle zu erkennen und ggf. Maßnahmen einzuleiten?
6. Gibt es Erkenntnisse, das mit Steuergeld geförderte Organisationen, in dieses Betrugsgeflecht verstrickt sind?
7. Gibt es einen ausreichenden Datenaustausch zwischen den befassen Behörden, insbesondere zwischen Meldeämtern, Ausländerämtern, Jobcenter und Jugendämtern?
8. Gibt es seitens des Kreises Initiativen, ggf. über den Hessischen Landkreistag, sowohl bei der hessischen Landesregierung als auch auf Bundesebene, darauf hinzuwirken, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen so angepasst werden, dass diese Straftaten zulasten des

ehrlichen Steuerzahlers zeitnah unterbunden werden?

9. Gibt es Erkenntnisse, ob als Nebeneffekt auch ein späterer Familiennachzug des angeblichen Erzeugers des Kindes praktiziert wurde bzw. ob dies bei der derzeitigen Rechtslage potentiell möglich wäre?

ABWEICHENDER BESCHLUSS: (bei Abweichung von der Beschlussempfehlung vom Sitzungsdienst auszufüllen)